

Es nun die Forderung nach einem vorangehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die Ausgestaltung dieser Bedingung zu einer Voraussetzung für den Vorkauf. Neu ist ferner die Art und Weise, wie eine Vermittlung des Schiedsgerichtsgedankens hiernach in das Vorkaufsystem eingebaut werden soll, und wie diese Schiedsgerichte obligatorisch gemacht werden sollen.

Während der Gedanke des Rheinpaktes an sich, wie er ursprünglich von der Regierung Cuno angeregt war, in der von dem deutschen Memorandum fixierten Form uneingeschränkt angenommen wird — und auch ohne daß territoriale Garantien für den Osten gefordert werden — während von einem „Durchmarschrecht“, von dem die französische Presse nach vor einigen Tagen wissen wollte, an keiner Stelle die Rede ist, liegt unter anderem besonders in der Entwicklung des Schiedsgerichtsgedankens in der hier angestrebten, wenn auch nicht immer klar erkennbaren Richtung die Möglichkeit von Schwierigkeiten. Für sich selbst betont die französische Regierung (und das gleiche soll auch für Belgien gelten), daß ein Schiedsvertrag, als natürliche Ergänzung des Rheinpaktes, auf alle Konflikte Anwendung finden müsse und nur dann Raum für ein zwangswelches Vorgehen lassen solle, wenn das

- 1. durch eine Verletzung des Versailler Vertrages,
2. durch eine Verletzung des Rheinpaktes oder
3. auf Grund der Garantien erfolgen würde, die von den Vertragschließenden oder einem von ihnen für den Schiedsvertrag geleistet wird.

In Bezug auf die Rheingrenze kommt dieser dritte Punkt, der natürliche Gegenseitigkeitscharakter trägt bei Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland, also z. B. in erster Linie für England in Frage, eine Möglichkeit, der man allenfalls ins Auge sehen könnte.

Bedenklich wird die Einführung des Prinzips der Garantien aber in dem weiteren Falle, wo es sich um Deutschland und Polen bzw. um Deutschland und die Tschechoslowakei handelt.

Die Forderung nach Schiedsverträgen zwischen Deutschland und den letztgenannten Ländern ist ohne ihre namentliche Nennung, aber in der Wendung, durch die gleichartige Schiedsverträge wie mit den am Rhein interessierten Mächten mit denjenigen der deutschen Nachbarn geordnet werden, „die zwar nicht Partei der garantierten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben“, unzweideutig enthalten; denn das sind eben neben den Rheinansiegern nur die beiden Genannten. In ähnlicher Weise ist die Tatsache umschrieben, daß Frankreich sich selbst zum Garant der Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei zu machen wünscht. Denn nach der bereits bekannten Ablehnung Englands, sich irgendwie für den Status an den deutschen Ostgrenzen zu engagieren, bedeute „jede Macht, die den Vertrag von Versailles sowie den gesamten Rheinpakt unterzeichnet hat“, in diesem Zusammenhang praktisch nur Frankreich. Das vertritt sich aber kaum mit den ethischen Grundzügen des Schiedsgerichtsgedankens, denn Frankreich, der Garant, ist zugleich Verbündeter der einen Vertragspartei.

Daneben könnte vom deutschen Standpunkt aus die Frage aufgeworfen werden, ob hier nicht eine ungewollte Häufung von Sicherungen vorliegt, die unter Umständen dem gewünschten Ergebnis abträglich ist, die Forderung nach einem vorangehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund schärfte im Vergleich mit den deutschen Anregungen eine veränderte Grundlage für die Schiedsverträge, und wenn das auch in Bezug auf den Rheinpakt vielleicht irgendwie begründet werden könnte, so ist z. B. die Forderung nach einer solchen Doppelgarantie für Polen kaum ein deutsches Erfordernis. Denn die formell vorhandene Gegenseitigkeit für alle hier vorgeschlagenen Vereinbarungen dient nach der tatsächlichen Lage Deutschland kaum.

Die Note fordert das Recht zum Eingreifen des Garantien, wenn eine der Parteien die Anrufung des Schiedsgerichts oder die Durchführung eines Schiedsvertrages unter Vornahme feindlicher Handlungen verweigert. Es ist nichts darüber gesagt, wer zur Feststellung eines solchen Verstoßes befugt sein soll, aber man könnte annehmen, daß der bedeutungsvolle Abschnitt VI diese Frage im Sinne eines notwendigen Völkerbundenscharakteres löst. Denn da heißt es ausdrücklich, daß die durch die Völkerbundbeschlüsse festgestellten Rechte und Verpflichtungen von Bundesmitgliedern durch nicht in den neuen Verträgen berührt werden dürfen. Dann ist aber zunächst der scheinbare Widerspruch zu lösen, in dem diese Bestimmung mit der Forderung des Abschnitts IV steht, wonach ein zwangswelches Vorgehen in einem Konfliktsfalle zwischen Frankreich und Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages (Sanktionen, die freilich durch das Londoner Abkommen auf eine neue Grundlage gestellt wurden) auf Grund des Rheinpaktes oder auf Grund der Schiedsvertraggarantie, also gleichsam unmittelbar, erfolgen könne. Auch die Tatsache, daß in diesem Abschnitt ein Vorschlagsrecht des Völkerbundrates für die zu ergreifenden Maßnahmen nur in dem Fall vorgesehen wird, wenn eine Vertragspartei Verpflichtungen verletzt, ohne zu „feindlichen Handlungen“ zu greifen, macht eine Sicherstellung der jeweiligen Auslegung von Konfliktsituationen zum Bedürfnis.

Darüber hinaus ist manches an der französischen Note unklar und zu verschiedenartigen Auslegungen geeignet. Sie fordert nicht unmittelbare Verhandlungen, sondern zunächst eine Antwort, „die es gestattet, in eine Verhandlung einzutreten“, und die Reichsregierung wird an den Unklarheiten und neu eingeschalteten Problemen in ihrer demnächstigen Antwort nicht vorbeigehen können. Denn in der Tat beschränkt sich die französische Note, bezüglich deren weder formell die Zustimmung Englands und Belgiens, noch auf die Beteiligung Polens und der Tschechoslowakei zum Abschluß der hier gleichsam bedungenen Schiedsgerichtsverträge in Berlin bekannt ist, ja nicht auf die französischen, mit dem

Rheinpaktangebot angeknüpften Fragen, sondern stellt nahezu alle europäischen Fragen von Bedeutung auf. Sie macht den Völkerbundseintritt Deutschlands, den Gegenseitigkeitspakt am Rhein, das Verhältnis Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn und, auf dem Umweg über ihr Verhältnis zu Deutschland, das zukünftige Verhältnis der Mächte der ehemaligen Entente und ihrer neueren Verbündeten untereinander zum Gegenstand eines einzigen Lösungsvorschlages, der auf dem Wege eines bloßen Notenaustausches kaum durchgeführt werden kann. Es ist kein Zweifel, daß verschiedene Bestrebungen und Einflüsse, daß vor allem die englisch-französischen Kompromißbemühungen von Genf in Form und Wortlaut des vorliegenden Schriftstückes ihren Niederschlag gefunden haben. Daß Deutschland von sich aus auch weiterhin alles Mögliche tun wird, um zur Erreichung des angestrebten Zieles eines europäischen Friedens bezutragen, braucht auch angesichts der unklaren, ergänzungsbedürftigen oder bedenklichen Stellen der französischen Note kaum nochmals betont zu werden.

Die Berliner Presse zur Sicherheitsfrage.

Berlin, 19. Juni. Trotz der verschiedenen Stellungnahme der Berliner Blätter zur französischen Antwortnote auf das deutsche Memorandum ist sich die gesamte Presse darin einig, daß die französischen Vorschläge hinsichtlich der abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge und der dafür vorgesehenen Garantien der Aufklärung bedürfen. Die Stellung der deutschen nationalen Presse kann man sehr wohl als Ablehnung der französischen Vorschläge bezeichnen. Im Gegensatz zur deutschen nationalen Presse steht die sozialparteiliche „Zeit“ wohl Möglichkeiten, mit Frankreich über den Vorschlag zu Verhandlungen zu gelangen. „Germania“ stellt fest, daß sich Deutschland und Frankreich im Prinzip einigen seien. „S. L.“ sagt: Die französische Note nimmt zwar den Gedanken des Sicherheitspaktes auf, bespricht ihn freundschaftlich und entgegenkommend, baut aber von vornherein so viele Barricaden gegen eine Verständigung auf, daß es langwieriger Verhandlungen bedürfen wird, um zur Klärung auch nur der Voraussetzungen zu einem Ausgleich zu kommen. Die „Voss. Zig.“ steht in der französischen Note einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Befriedung Europas. Der „Vorwärts“ kommt zu dem Urteil, daß die französische Note keine Erleichterung, sondern nur eine Verbreiterung der durch das deutsche Memorandum angesprochenen Diskussion bedeute.

Heute Kabinettsrat.

Die erste Kabinettsitzung über die Sicherheitsnote wird am Freitag mittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten v. Hindenburg stattfinden und dem Vernehmen nach zunächst keine endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts zu den französischen Vorschlägen bringen, sondern sich lediglich über die Frage schlüssig zu machen haben, ob und auf welcher Grundlage verhandelt werden soll.

Englische Stimmen warnen Deutschland, die Antwort nicht zu überhastigen. Eine vorläufige Antwort wäre Painleve in der augenblicklich herrschenden Kabinettskrise willkommen, für uns aber von weittragender Bedeutung.

Das unerwünschte Marokkoadventur.

Neue Angriffe der Rifflute. Paris, 18. Juni. Leon Rouhou schreibt im „Peuple“ vom 18. Juni zur Marokkopolitik der Regierung Painleve, für die öffentliche Meinung in Frankreich sei das Marokkoadventur absolut unerwünscht. Das Land wolle davon nichts wissen. Was man auch tue und was man auch sage, es werde nicht gelassen, daß eine Verteidigung gegen den Angriff der Rifflute sich in ein Unternehmen umgestalte, bei dem mehrere Millionen und Hunderte von Millionen verschlungen werden, während Frankreich noch stark blutend aus dem Weltkrieg, mit furchterlichen finanziellen Schwierigkeiten zu tun habe. Es genüge nicht, daß die Regierung versichert habe, sie suche den Frieden; die öffentliche Meinung wolle, daß dieser Wunsch sich in Taten auswirke. Es wäre überdies unmöglich zu behaupten, daß die öffentliche Meinung sich bei dem Gedanken eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Spanien beunruhige.

Wie amtlich aus Mes gemeldet wird, hat in der Nacht vom 18. auf den 17. Juni der Feind heftige Angriffe gegen die vorgehenden französischen Positionen in der Gegend von Terual und Ain Ualiss, 8 Kilometer nördlich von Terual unternommen. Er ist unter starken Verlusten zurückgeschlagen worden. Von den übrigen Fronten ist nichts zu melden.

Bulgariens Aufgaben.

Sofia, 18. Juni. Ueber die Lage und die neuen Aufgaben seiner Regierung, äußerte sich Ministerpräsident Jankoff wie folgt: Die Regierung, die sich auf die Kräfte der Nation und auf das Gewissen der intellektuellen Elemente stützt, wird auf dem vorgezeichneten Wege weiter gehen. Sie wird Bulgarien konsolidieren, die Gemüter beruhigen, diejenigen, die das Land ruinieren wollen, unschädlich machen, die Wunden des großen Krieges heilen und die Fehler der Vergangenheit wieder gut machen.

Eine Sonderkommission, bestehend aus den Vertretern des auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, des Eisenbahnministeriums und des Finanzministeriums sind nach Ploest in Jugoslawien abgereist, wo sie sich mit einer serbischen Sonderkommission, bestehend aus Vertretern derselben Ministerien, treffen, um über verschiedenen Streitfragen zu beraten und den Wirtschafts- und Handelsverkehr sowie die Emigrantenfrage zu regeln.

Die Verhandlungen der Mächte mit China abgebrochen.

London, 18. Juni. Nach einer Meldung aus Schanghai wurden die Verhandlungen der Vertreter der Mächte mit den Vertretern der chinesischen Regierung abgebrochen.

Ein drahtloser Bericht aus Schanghai meldet, daß sich die allgemeine Lage kritisch gestaltet. In Tschungking wurde durch die Vorstädte von Schanghai bewege und belassen und seinen Wohnsitz im Sigmon-Tempel zu nehmen. Angehörige der britischen Nationalität werden in den Straßen der Stadt mit Steinen beworfen und auch sonst tätlich angegriffen.

Nach einer Neutermeldung aus Schanghai führten gestern 90 frühere Schulkollegen einen Protestzug an, der sich durch die Vorstädte von Schanghai bewegte und bei allen Läden, die englische und japanische Waren zum Verkauf feilboten, die Schaufenster einwarfen. Truppen Tschungking traten dazwischen und machten dem Unfug ein Ende.

Trotz aller offiziellen Versicherungen ist nichts geschehen, die gefährliche heberische Wühlarbeit gewisser Kreise zu hindern. An zahlreichen Stellen der Stadt wurden heute früh Plakate angeklebt, die im Bilde zeigten, wie die britische Polizei auf wehrlose Studenten, Frauen und Kinder schicht und sie mit dem Bajonett aufspießt.

Tokio, 18. Juni. Die vereinigten Handelskammern nahen in einer Sitzung den Beschluß, der Regierung zu empfehlen, sich bezüglich Ergreifung der zur Wiederherstellung des Friedens in China notwendigen Maßnahmen den anderen Mächten anzuschließen.

Terror in China.

Schanghai, 18. Juni. Der Schiffsverkehr nimmt triste Formen an. Die Tätigkeit der Extremisten nimmt zu. Die Studenten halten Ansprachen an die Menge und reizen die britischen und japanischen Reklameplakate ab.

Weitere Meldungen, die allerdings amtlich noch nicht bestätigt worden sind, belagern:

In Kanton hat ein Schredensregiment begonnen. Das europäische Viertel ist bedroht. Die Japaner schicken Kriegsschiffe mit Truppen in die Bucht von Kanton.

„Daily Mail“ meldet aus Kanton: Die revolutionären Aufständischen haben 18 Europäer als Geiseln feingekommen. Das niederländische und das japanische Konsulat sind gestürmt worden.

Der Höhepunkt der Jahrtausendfeier.

Rundgebung Hindenburgs.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinlande die nachstehende Rundgebung an die rheinische Bevölkerung erlassen:

„Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entbiete ich den Gruß des Reiches zum Tausendjahrfeier! Der Gedanke, die tausendjährige Jugendfrucht des Rheinlandes zum Deutschen Reich festlich zu begehen, ist im Kreise der rheinischen Bevölkerung entstanden. In all diesen Erinnerungstagen schließt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger einer großen Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Jahrtausends, der Fingern als ein Jahrtausend genährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hinbrausen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch den echten vaterländischen Ernst und die politische Scharfe in sich entwickelt hat, die auch die schweren Räte der Gegenwart zu bestehen vermag.“

Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen, an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterlande festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinländern für diese Ausdauer und diese Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutschen diesen Tugenden getreu, dann wird — das ist mein unerschütterlicher Glaube — die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinlande schlagen. Wir geloben alle, daß wir nicht rasten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwerster Bedrängung immer wieder geholfen hat, wird auch dieses Mal helfen!

ges. v. Hindenburg, Reichspräsident.

Anlässlich der Jahrtausendfeier in Düsseldorf fand ein Festakt im Kaiserhof der Stadtlichen Tonhalle statt. Unter den Ehrengästen befanden sich: Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Brauns und Frenken, die preußischen Minister Scheuber, Weder, Seiger, Hirtler, Hoyer-Wischhoff, der württembergische Staatspräsident Bogille, der heftische Staatspräsident Ulrich, Ministerpräsident von Finsch-Odenburg, der Vorsitzende des braunschweigischen Staatsministeriums Marquardt, Senatspräsident Dr. Salm-Danzig, Graf-Detmold, der Staatsminister Schwabe-Waldenburg-Strelitz, Kardinal Erzbischof Dr. Schulte-Sabin, Generalsuperintendent von Klingemann-Roblenz, die Bischofpräsidenten des Reichstages Dr. Well und v. Gode, der Präsident des preußischen Landtages Barthels, der Bischofpräsident des preußischen Landtages und Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates Albert, Oberpräsident Fuchs-Roblenz, Präsident Dr. Kaufmann, Vorsitzender des Reichsverbandes der Rheinländer und zahlreiche hervorragende Vertreter von Industrie und Handel.